

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn d

## Inhalt

Antje Huber MdB, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, untersucht die jüngste Statistik über Heimunterbringungen: Mehr Kleinkinder adoptiert oder in Familienpflege.

Seite 1/2

Marie Schlei MdB beteiligt sich an der Diskussion um die deutsche Nation: Eine Nation ist, was eine Nation sein will.

Seite 3/4

Hans Urbaniak MdB untersucht den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Montan-Mitbestimmung: Mitbestimmungssicherung vor der letzten Hürde.

Seite 5/6

Peter Corterier MdB würdigt Eugen Selbmann: Eine Institution.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 21

30. Januar 1981

Weniger Heimkinder  
Mehr Kleinkinder adoptiert oder in Familienpflege

Von Antje Huber MdB  
Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Die Heimunterbringung von Kindern unter zwei Jahren ist im Bundesgebiet seit 1970 zugunsten der Unterbringung in Familienpflege und der Adoption drastisch zurückgegangen.

Von Kindern bis unter zwei Jahren lebten:

	1970	1979
in Heimen	7.723	1.592
in Familienpflege	3.304	6.214

Ähnlich ist die Situation bei den Zwei- bis Sechsjährigen.

So lebten im Heim 1979: 4.642, in Familienpflege 1979 jedoch: 13.983. Das ist eine gute Entwicklung.

Im Jahre 1979 dürften sich 15.000 Menschen um die Adoption eines Kindes bemüht haben, wenn man die Mehrfachzählungen in der Statistik berücksichtigt. Dies ist ein begrüßenswertes Engagement vieler Ehepaare, die Heimkindern helfen wollen.

Demgegenüber schwankt die Zahl der jährlich abgeschlossenen Adoptionen seit 1975 um 10.000, mit einem Höhepunkt von deutlich mehr als 11.000 Adoptionen 1978, 1979 waren es 9.905; Zahlen für 1980 liegen noch nicht vor.

Seit dem Inkrafttreten des Adoptionsvermittlungsgesetzes am 1. Januar 1977 bis heute haben etwa 40.000 Kinder durch Adoption neue Eltern gefunden. Die Mehrzahl dieser Kinder



war bei der Adoption noch nicht drei Jahre alt; etwa ein Drittel der Kinder wurde von Verwandten adoptiert.

Hier hat sich also die Adoptionsreform erkennbar hilfreich ausgewirkt. Insbesondere ist es offenbar gelungen, mit Hilfe der neuen Meldepflicht für Säuglings- und Kinderheime "vergessene Heimkinder" zur Adoption oder in Familienpflege zu vermitteln. Ein wesentliches Anliegen der Reform konnte damit realisiert werden.

Dennoch werden voraussichtlich auch in Zukunft viele Ehepaare im Bundesgebiet lange oder sogar vergeblich auf die Vermittlung eines Adoptivkindes warten müssen. Diese Tatsache löst bei vielen Betroffenen verständlichen Unmut aus, erst recht, wenn sie aufgrund gewisser unzutreffender Berichte in den Massenmedien annehmen müssen, die lange Wartezeiten würden durch die mangelhafte Arbeit der Adoptionsvermittlungstellen verursacht. Es kommt hier entscheidend darauf an, daß die Adoptionsvermittlungstellen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit noch eingehender als bisher Information und Beratung über die tatsächlich zu vermittelnden Kinder bieten. Dabei wäre auch darauf hinzuweisen, daß heute leider noch viele ältere und behinderte Kinder oder im Heim lebende Geschwister, die möglichst zusammenbleiben sollen, eine geringere Chance haben, neue Eltern zu finden. Die meisten Adoptionsbewerber wollen nämlich nur einen gesunden Säugling oder ein Kleinkind im Alter bis zu einem Jahr adoptieren.

Erste Erfahrungen zeigen aber, daß durch gezielte Informationen doch Adoptionsbewerber gefunden werden können, die ihren ursprünglichen Adoptionswunsch (Säugling oder Kleinkind) ändern und auch innerlich zur Annahme eines älteren oder behinderten Kindes bereit sind. Sicherlich muß man sich hierbei hüten, Bewerber zu überreden. Man muß sie vielmehr darüber aufklären, daß Heimschäden und Verhaltensauffälligkeiten mit einem hohen Maß an Zuwendung und Einfühlungsvermögen meist abgebaut werden können. Das Adoptionsvermittlungsgesetz gibt Adoptiveltern gerade in solchen Fällen einen Rechtsanspruch auf intensive Beratung und Hilfe vor und nach der Adoption. Auch darüber sollten adoptionswillige Ehepaare noch intensiver unterrichtet werden.

(-/30.i.1981/ks/ca)

+ + +



Eine Nation ist, was eine Nation sein will  
-----

Die Deutschen - ihre Nation und ihre Geschichte

Von Marie Schlei MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

"Der Gang der Deutschen durch die Geschichte, ein mühsamer häufig verlegter, oft schleppender, gewaltsamer, manchmal wüster Gang..." - so beschreibt die in der DDR lebende deutsche Schriftstellerin Christa Wolf unser gutes, unser böses Verhältnis zur Geschichte und uns selbst in der eigenen, also auch das unbewältigte Verhältnis zu unserer Nation.

Nach dem Krieg haben sich die Sozialdemokraten der Entwicklung widersetzt, aus den Deutschen eine Nation von Krämerseelen werden zu lassen. Not und Elend und der fast totale Zusammenbruch führten zweitwilig zu einem Bruch mit der von der Arbeiterbewegung sowie vom progressiven Bürgertum zu Beginn des vorigen Jahrhunderts erzeugten Tradition der Geschichtsträchtigkeit des deutschen Volkes. Großen Teilen des Bürgertums war vollends der Mut vergangen, und es langte nicht zur kritischen Bewältigung des Vergangenen. Dazu reichte es bei vielen nicht einmal in den Jahren der Satttheit und des Wohlstands. Die westlichen Besatzungsmächte zeigten von sich aus kein ausgeprägtes Interesse, diesen Fall in die Geschichtslosigkeit aufzuhalten. Neben der oft nur vordergründigen Entnazifizierung enthistorisierten wir uns, Kritiklosigkeit und Opportunismus siegten gegen den mutigen Versuch besonders der Sozialdemokratie, auf der Basis einer selbstkritischen Antizipation den Deutschen neue Perspektiven zu geben.

Schon 1946 erklärte Kurt Schumacher: "Wir werden es keiner Partei ersparen, zu den großen sozialen und nationalen und internationalen Fragen der Gegenwart Farbe zu bekennen"... Mit ihm und vielen anderen großen Sozialdemokraten der Nachkriegszeit blieb und bleibt unser verantwortungsbewußtes Bekenntnis zur Geschichte der Deutschen, zu unserer Nation und zu ihrer Zukunft bestehen.

Wir Deutschen sind ein Volk mit Geschichte, dies sogar im Übermaß, ein Volk, das noch bitterer als manches andere Volk Geschichte durchleben mußte. Mit uns verglichen, haben unsere Nachbarn die Etappen ihrer historischen Entwicklung rascher, weil dauerhafter, also glückhafter bewältigt. Auch das deutsche Volk hat Geschichte gestiftet zum Wohl seiner Nachbarvölker, aber es war in vielen Fällen auch Anstifter unvergleichlichen Unheils.

Wir Deutschen waren immer gezwungen, und wir sind es noch heute, als Nation unsere Identität deshalb zu bewahren, weil wir sie als Volk in seiner Gesamtheit nie erreichten.

Kein Volk kann ohne Wissen um seine Geschichte leben. Die deutsche Geschichtsbetrachtung erschöpfte sich allerdings über lange Perioden hinweg in einer vorwiegend das Herrschaftshandeln beschreibenden Darstellung. Unser Volk lebte weitgehend mit einem historischen Bewußtsein, das die großen verhängnisvollen historischen Irrwege der Nation unaufgearbeitet ließ.



Für den Konflikt mit unserer Geschichte, in dem wir gerade in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik lebten "...hat auch die Tatsache eine Rolle gespielt, daß die zwölf Schreckensjahre der NS-Gewaltherrschaft und die nationale Katastrophe, in der sie endeten, die Kontinuität unserer Geschichte schwer beeinträchtigt haben."

So schrieb Hans-Jochen Vogel kürzlich, und er fügte hinzu: "Im Bestreben, diese Jahre zu verdrängen, ja zu vergessen, ging da und dort die Verbindung zu unserer Geschichte überhaupt verloren." Selbstkritisch fügte er hinzu: "Auch unsere eigene Partei blieb von dieser Verkümmern des Geschichtsbewußtseins nicht unberührt."

Für uns Sozialdemokraten bedeutet Kontinuität der Geschichte Verwirklichung der Demokratie, der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit. Gleich unter Gleichen zu sein, geborgen in der Solidarität - das erst gibt uns das Gefühl des Zuhause-seins in unserer Nation.

Der DDR-Schriftsteller Günter Kunert sieht Volk und Nation - wie auch andere notwendige Gemeinschaften - als emotionale Identifikationsmöglichkeiten an, aus denen heraus - so Kunert wörtlich - das schwache menschliche Wesen, das immer noch nicht auf den eigenen persönlichen Füßen zu stehen vermag, die Stärke für seinen mehr oder weniger aufrechten Gang bezieht. Wir bedürfen vieler Stützen und Krücken, so schreibt er, uns in der Lotrechten zu halten, um nicht zurückzusinken ins kriechentierhafte, ameisengleiche, termütenartige.

Nicht allein in der gemeinsamen Sprache, sondern ihrer Inhalte, ihrer Ideen wegen, unserer durch sie ausgedrückten psychischen Wesensart und gewisser Gemeinsamkeiten unseres Gemüts wegen, haben wir ein gemeinsames geistiges Zuhause. Mit der gemeinsamen Sprache und der gemeinsam durchlebten und erlebten und erduldeten Geschichte - mit ihrem Glanz und Elend, wie Willy Brandt am 28. Oktober 1969 sagte, so sind wir "alle in Deutschland zu Haus".

Dieses Zuhause aller Deutschen zu schützen, ihm den Frieden zu bewahren, das ist die vornehmste Aufgabe der Sozialdemokraten. In ihm ein sozial gerechtes Leben zu ermöglichen, dafür werden wir sorgen.

Was hindert uns eigentlich, die guten Traditionen der deutschen Geschichte, ihre politischen, ihre kulturellen und geistigen Leistungen in die Gegenwart der geteilten Nation zu tragen? Wer will und kann uns Sozialdemokraten zum Beispiel daran hindern, den demokratischen Sozialismus gegenüber dem "real-existierenden Sozialismus" in der DDR positiv darzustellen und weiterzuentwickeln?

Auch nach der Interpretation der Vertragspartner des Grundvertrages heißt die politische Koexistenz der Systeme nicht, daß die ideologische Auseinandersetzung der Systeme tangiert oder gar aufgehoben wird.

Und der Kampf um die Ideen ist auch immer ein Kampf um die Gemüter, wie uns der in beiden deutschen Staaten geschätzte Carl von Clausewitz lehrte.

Fest steht die Wahrheit: Eine Nation ist, was eine Nation sein will. Die Existenz einer Nation aber ist ein von Tag zu Tag fortgesetztes Plebiszit. (-/30.1.1981/ks/ca)

+ + +



**Mitbestimmungssicherung vor der letzten Hürde**

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung gibt das derzeit Machbare wieder

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

An diesem Freitag bringt die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung auf den parlamentarischen Weg. Damit wird der ursprünglich ausgetüftelte Zeitplan in der ersten Stufe um zwei Tage überschritten, das ist kein Beinbruch, wichtig ist nur, daß das Gesetz am 1. Juli 1981 wirksam wird, damit nicht Mannesmann aus der echten Mitbestimmung herausfällt. Die Einigung war auch in der Endphase schwierig, denn der Teufel steckt, wie man weiß, im Detail und für beide Seiten standen unterschiedliche Interessen auf dem Spiel, das ist ja in der Mitbestimmungsfrage auch nichts Neues.

Der abgeseignete Regierungsentwurf markiert das Ende einer intensiven Auseinandersetzung, die grundsätzliche Debatte muß selbstverständlich weitergeführt werden. Die dauerhafte Sicherung der echten paritätischen Mitbestimmung ist für Sozialdemokraten ein Ziel, das mit Priorität und langem Atem verfolgt wird. Für uns geht es auch darum, das Mitbestimmungsgesetz '76 hin zur vollen Parität fortzuentwickeln.

Das Kalkül des Mannesmann-Vorstands, durch Überrollversuche faktische Verhältnisse zu schaffen, ist nicht aufgegangen. Am 4. Juni 1980 hatte der Vorstand der Mannesmann AG seinen Plan zur betrieblichen Umstrukturierung bekanntgegeben, der, wäre er verwirklicht worden, das Ende der Parität bedeutet hätte. Dieses angebliche Nebenziel war tatsächlich der eigentliche Anlaß, wenn es anders gewesen wäre, hätte der Vorstand der Mannesmann AG jederzeit auf die IG Metall-Vorschläge eingehen können. Die Arbeitgeber haben den Gesetzgeber bemühen wollen, in der stillen Hoffnung, daß im Parlament keine Einigung erzielbar wäre. Die Arbeitgeber haben sich aber wieder einmal verrechnet. Heribert Wehner hat bereits auf dem Wahlparteitag am 9. und 10. Juni letzten Jahres ausdrücklich gewarnt, die einzige echte Mitbestimmung zu Fall bringen zu lassen. Mit dem Gruppenantrag, der nicht weniger als 213 Unterschriften trägt, wurde das beste Modell zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung vorgelegt. Damit ist auch die Richtschnur für spätere Zeiten klar. Im Parlament sind aber letztendlich Mehrheiten entscheidend; nur mit der Koalition war eine weitere Beförderung möglich. Diese Erkenntnis ist unmittelbar einleuchtend und bedarf keiner weiteren Erläuterung. Für die Koalition konnte die Einigung nicht leicht sein, denn die FDP ist seit 30 Jahren gegen die paritätische Mitbestimmung aufgrund anderer Bewertungen und möglicherweise als Folge von Vorurteilen, denn



die Montan-Mitbestimmung hat ihre zahlreichen Bewährungsproben längst bestanden. Schwierige Strukturprobleme können nur mit Mitbestimmung bewältigt werden, sie können nicht gegen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften durchgesetzt werden. Wer anderer Meinung ist, muß in den Verdacht geraten, Anhänger der Konfliktstrategie um ihrer selbst willen zu sein.

Die SPD hat 1951 aus der Opposition heraus dem Montan-Mitbestimmungsgesetz zugestimmt. Die Union hat ein völlig anderes Rollenverständnis. Von konstruktiver Opposition kann nicht einmal in Einzelfragen die Rede sein. Die CDU/CSU war in den letzten Monaten keine Stütze, nicht einmal die "Herz-Jesu-Sozialisten". Die Arbeitnehmergruppe der Union wollte nicht "Mehrheitsbeschaffer" sein. Nicht einmal im Wahlkampf waren Arbeitnehmerpositionen beim Arbeitnehmerflügel der Union der inhaltlichen Diskussion wert.

Die Einigung der Koalitionsparteien zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung unmittelbar vor der Regierungserklärung hatte das Machbare skizziert. In der Regierungserklärung selbst wurde das Ergebnis dargestellt. Der Bundeskanzler hatte den Kompromiß ausdrücklich als Kompromiß beschrieben: "Natürlich läßt die angekündigte Regelung auf allen Seiten auch Wünsche offen. Sie wirkt aber bis weit in die nächste Legislaturperiode hinein und schafft dadurch Raum für weiteres Nachdenken." Eine Regelung bis 1987 vorweisen zu können, ist ein wirklich guter Erfolg, zumal für die Zukunft nichts verbaut wird. Es geht nicht um ein Auslaufgesetz, sondern um die Vorkehrung, daß ein Anschlag auf die Mitbestimmung einstweilen unmöglich ist.

Der in den letzten Wochen ausgetragene Streit um die Feinheiten des Gesetzentwurfs ist nun auch ausgestanden. Für die überbetrieblichen Arbeitnehmervertreter wird es nun ein Vorschlagsrecht geben. Der Versuch, den Gewerkschaften in diesem Zusammenhang das Leben unnötig schwer zu machen, ist jedoch gescheitert. Das bisherige Entsendungsrecht ist nicht undemokratisch und es hat sich in der Praxis ja auch bewährt. Mit dem politisch notwendig gewordenen Kompromiß können alle Beteiligten leben, ohne allerdings restlos zufrieden zu sein.

Die langfristige und dauerhafte Sicherung der Montan-Mitbestimmung bleibt das Ziel, für das sich Gewerkschaften und SPD gleichermaßen einsetzen müssen. Die SPD wird sich, wie das Präsidium Anfang Dezember letzten Jahres erklärt hat, selbstverständlich darum kümmern, daß spätestens 1987 eine ihren Vorstellungen entsprechende Anschlußgesetzgebung gefunden wird.  
(-/30.1.1981/hi/ca)



Eine Institution  
-----

Eugen Selbmann zum 25jährigen Dienstjubiläum

Von Peter Corterier MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Am 1. Februar 1956 begann Eugen Selbmann seinen Dienst in der Fraktion als Assistent des Arbeitskreises Außenpolitik. Vorsitzender des Arbeitskreises war damals Herbert Wehner. Erst in der zweiten Legislaturperiode begann die Fraktion damit, ihre Arbeit stärker fachbezogen zu organisieren. Von einem Stab, wie er sich heute entwickelt hat, konnte damals keine Rede sein. Soweit vorhanden, beschränkte er sich weitgehend auf die Fraktionsführung. Das ist nun lange her. Heute gehört Eugen Selbmann zu den dienstältesten Mitarbeitern der Fraktion. Er ist eine Institution.

Die "graue Eminenz" haben ihn Leute genannt, die versuchen wollten, seine Rolle in Fraktion und Partei zu beschreiben. Das, was er in all den Jahren, in denen er politisch tätig war und gewirkt hat, wirklich zustande und zuwege gebracht hat, wird wohl nie ganz angemessen beschrieben werden können. Auf jeden Fall ist sein Wirken von dem außenpolitischen Ideen- und Gedankengut nicht zu trennen, das in der Sozialdemokratischen Partei und in der Fraktion entwickelt worden ist und das uns noch heute in vielfacher Weise Stütze ist. Er hat nie im Rampenlicht gestanden und doch war er immer ganz vorne, weit oben, wenn man so will, denn sein Rat, geprägt von einem enormen Fingerspitzengefühl, hat allen, die in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie geprägt haben, viel bedeutet.

Mit Helmut Schmidt verbindet ihn eine tiefe Freundschaft. Er weiß seinen Rat auch heute noch zu schätzen, nachdem er als Arbeitskreisvorsitzender und Fraktionsvorsitzender von 1967 bis 1969 eng mit Eugen Selbmann zusammengearbeitet hat. Was viele gar nicht mehr in Erinnerung haben: Mehr als ein Jahrzehnt, nämlich von 1954 bis 1966, hat Herbert Wehner den Arbeitskreis Außenpolitik geleitet. Er war der erste Vorsitzende des Arbeitskreises und aus dieser langen Zusammenarbeit mit Eugen Selbmann hat sich ein Arbeits- und Vertrauensverhältnis ergeben, das mit "eng" nur unzureichend zu charakterisieren ist. Alle Arbeitskreisvorsitzenden, die auf Herbert Wehner und Helmut Schmidt gefolgt sind, 1969 Kurt Mattiak, 1976 Jürgen Schmude, 1978 Marie Schlei und seit Beginn der 9. Legislaturperiode auch ich, wissen, wie sehr man auf den Rat von Eugen Selbmann vertrauen kann.

Seine Hilfe, etwa beim Zustandekommen des deutsch-polnischen Vertrags, aber auch bei vielen anderen Gelegenheiten, als es darum ging, das Eis im Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn zu brechen, war ungewöhnlich groß. Eingeweihte wissen das auch zu schätzen. Sie versäumen es nie, ihn aufzusuchen, wenn Erfahrungen gefragt sind.

Er hat bei vielen Reden im Deutschen Bundestag, darunter manche, die in die Geschichte eingegangen sind, mitgewirkt und bei der Darstellung und Begründung unserer Außenpolitik nach außen und auf vielen Parteitagen geholfen. Er kennt die Partei und die Fraktion aus seiner langen Erfahrung wie nur wenige und weiß vor allem mit dieser Erfahrung sorgsam und richtig umzugehen. Dafür und für sein zurückhaltendes Auftreten, das seinem Wesen entspricht, gebührt ihm heute Dank und Anerkennung. (-/30.1.1981/ks/lo)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

